



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Mobilität
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 18.01.2024

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Mobilität
am Donnerstag, 25. Januar 2024, um 16:30 Uhr
gemeinsam mit dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock),
reguläre Sitzung ab 17 Uhr Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. 23-F-63-0151

Sichere Schulwege: Ein schulisches Mobilitätsmanagement für Wiesbadener Schüler*innen
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.11.2023-

"Elterntaxis" stellen verkehrlich ein großes Problem, insbesondere an Grundschulen in Wiesbaden, dar. Mit der Einführung eines schulischen Mobilitätsmanagements möchte die Stadt die Sicherheit von Schüler*innen, die zu Fuß, mit dem Bus oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen, erhöhen. Unter dem Motto „Besser zur Schule“ erarbeiten Schulen und Stadt mit

Unterstützung des Fachzentrums Schulisches Mobilitätsmanagement des Landes Hessen seit 2022 in einem Pilotversuch für fünf Grundschulen Schulmobilitätspläne.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zum aktuellen Stand des Projektes "Wiesbaden geht besser zur Schule" und über die Zwischenergebnisse und Erfolge zu berichten,
- 2) zu berichten, welche Erkenntnisse aus den Detailprojekten mit der Diesterwegschule und der Pestalozzischule gezogen werden können und inwieweit diese auf andere Schulen übertragbar sind,
- 3) zu berichten, wann die Mobilitätskonzepte der drei noch offenen Pilotschulen abgeschlossen sein werden,
- 4) zu berichten, ob und wann für weitere Schulen ein schulisches Mobilitätskonzept erstellt werden soll,
- 5) die Ergebnisse der Umfrage zum Thema "Mit dem Fahrrad zur Schule" des Stadtelternbeirates Wiesbaden dem Ausschuss vorzustellen und zu erläutern, welche Konsequenzen/Handlungen aus der Umfrage resultieren,
- 6) einen Vorschlag zu machen, wie die Erstellung eines Verkehrskonzeptes in den Planungsprozess für Neubau von Schulen oder bei einer Erweiterung aufgrund der signifikanten Erhöhung der Schüler*innenanzahl integriert werden kann, sodass eine frühzeitige Klärung der Mobilitätsbelange sichergestellt ist. Dabei sind die Anbindungen über Radwege/ mit dem ÖPNV / dem PKW und zu Fuß zu prüfen und Lösungsvorschläge in die weiteren Planungen einfließen zu lassen,
- 7) die Einführung von Schulstraßen ergebnisoffen zu prüfen, in denen Pkw unter bestimmten Bedingungen (Schulbeginn/Schulende) die Durchfahrt zu festgelegten Zeiten untersagt sein kann, und entsprechende Vorschläge für die etwaige Umsetzung zu machen.

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften.

2. 23-F-95-0002

Schulwegsicherung in Kloppenheim

- Antrag der Fraktionen FDP und BLW/ULW/BIG vom 04.10.2023 -

Viele Eltern in Kloppenheim sorgen sich um die Sicherheit des Weges ihrer Kinder zur dortigen Grundschule. Dies betrifft insbesondere die Kinder im östlichen Ortsteil (z.B. Am Schlupfloch), weil dort die Hauptstraße überquert werden muss.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Maßnahmen zur Schulwegsicherung in Kloppenheim geplant sind.
2. zu prüfen, ob die Einrichtung eines Zebrastreifens in der Nähe des Dorfbrunnens und/oder eine Beleuchtung des sogenannten Panoramaweges umsetzbar sind.

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften.

3. Genehmigung der Niederschriften

4. 24-F-69-0006

Parkschein = Fahrschein

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 17.01.2024 -

Zwischen der Mainzer Mobilität und dem Parkhausbetreiber PMG (Parken in Mainz GmbH) gibt es eine gelungene Kooperation für den Park & Ride-Gedanken.

Diese Kooperation sieht vor, dass das gelöste Parkticket in einem der Parkhäuser zugleich für 24 Stunden als Fahrschein für das Mainzer Verkehrsgebiet gültig ist. Dies gilt nicht nur für den Fahrer, sondern auch für bis zu vier weitere Mitfahrer.

Eine solche Kooperation zwischen ESWE Verkehr und zumindest den städtisch betriebenen Parkhäusern ist auch für Wiesbaden gut vorstellbar.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, ob eine Kooperation zwischen ESWE Verkehr und den Parkhausbetreibern hinsichtlich der Regelung Parkschein = Fahrschein ähnlich dem Mainzer Modell bereits geprüft wurde;
2. wenn eine solche Prüfung bislang nicht stattgefunden hat, eine solche Prüfung (wobei die Dauer und Mitnutzer des Fahrscheins nicht unbedingt dem Mainzer Modell entsprechen müssen) durchzuführen und dem Ausschuss für Mobilität vorzustellen.

5. 24-F-15-0002

Ersatzhaltestelle in Nordenstadt

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 16.01.2024 -

Begründung: Erfolgt mündlich

Der Ausschuss wolle beschließen,
der Magistrat möge berichten:

1. Nach welchen Kriterien in Wiesbaden Ersatzhaltestellen für Busse eingerichtet werden und wie dabei die Verkehrssicherheit der Fahrgäste gewährleistet wird (Sichtbarkeit, Beleuchtung, Abstand zur Fahrbahn, Barrierefreiheit etc.)?
2. Ist die Landeshauptstadt Wiesbaden von ESWE Verkehr darüber unterrichtet worden, für die Ersatzhaltestelle der Haltestelle ‚Lindenweg‘ in Nordenstadt eine ausreichende Beleuchtung bereitzustellen? Falls ja, wann ist dies geschehen?

6. 24-F-15-0003

Haltestelle für die neue HSK umgehend bedienen

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 16.01.2024 -

In Kürze wird die neue HSK eröffnet. Diese soll nach aktuellen Informationen vorerst lediglich durch die Linie 49 angefahren werden. Die Linien 23 und 24 sollen bis auf weiteres nur die bisherige Haltestelle anfahren. Dies ist aus unserer Sicht ein unzumutbarer Zustand. Dadurch wird der Besuch des Krankenhauses insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit körperlichen Einschränkungen zu einem Hindernis.

Der Ausschuss wolle beschließen,
der Magistrat möge dafür Sorge tragen:

Die neue Haltestelle der HSK schnellstmöglich auch durch die Buslinien 23 und 24 bedienen zu lassen und ggf. ESWE Verkehr die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

7. 24-F-15-0004

Prüfung einer Alternativstrecke für Buslinie 21 zur besseren Anbindung der östlichen Vororte nach Wegfall der Tangentiallinien

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 16.01.2024 -

Begründung: Erfolgt mündlich

Der Ausschuss wolle beschließen,
der Magistrat möge prüfen:

1. Ob eine Erweiterung der Buslinie 21 von Medenbach über Breckenheim, Wallau, Delkenheim und dann bis Endhaltestelle in Nordenstadt möglich ist. Später vielleicht auch bis zum neuen DB Halt Wallauer Spange.
2. Ob eine Verlängerung der Buslinie 15 bis IKEA Wallau möglich ist.

8. 24-F-15-0005

Wegfall von PKW-Stellplätzen in der Scharfensteiner Straße

-Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 17.01.2024 -

Der Antragstext wird nachgereicht.

9. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kraft
Vorsitzender